

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 312/14 vom 03. Juni 2014

Heike Franzen: Aus Wendes Brief an die Elternvertreter spricht die Hilflosigkeit einer Gescheiterten

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen hat den heutigen (03. Juni 2014) Brief von Bildungsministerin Professor Waltraud Wende an die Elternvertretungen als Ausdruck der Hilflosigkeit einer Gescheiterten bezeichnet:

„Wende teilt den Eltern unter der Überschrift „Ihre Sorgen werden gehört“ mit, dass sie als Bildungsministerin jede Verantwortung für die derzeitige katastrophale Unterrichtsausstattung ablehnt und daran vor 2015 definitiv nichts ändern wird“, erklärte Franzen in Kiel.

Wendes erneuten Versuch, ihre eigene Verantwortung für das heute fehlende Lehrpersonal unter Hinweis auf die Schuldenbremse auf die Vorgängerregierung abzuschieben, bezeichnete Franzen als armselig.

„Die von SPD, Grünen und SSW allein zu verantwortenden neuen Oberstufen an Gemeinschaftsschulen erfordern jetzt zusätzliche Lehrkräfte, die Wende von anderen Schulen abzieht. Gleiches gilt für die Zwangsumwandlung aller Regional- in Gemeinschaftsschulen. SPD, Grüne und SSW haben Gesetze beschlossen, für die sie keine Lehrer haben. Das ist der Grund für den heute so dramatisch auftretenden Lehrermangel“, erklärte Franzen in Kiel.

Die von der Ministerin in ihrem Schreiben genannten Zahlen über den Personalabbaupfad der Vorgängerregierung seien darüber hinaus an den

Haaren herbei gezogen. „Selbst Wendes Kabinettskollegin Finanzministerin Heinold hat diese Zahlen mehrfach mit Parlamentsvorlagen widerlegt. Dieses Märchen glaubt Wende außer SPD, Grünen und SSW keiner mehr“, erklärte Franzen.

Besonders entlarvend sei in diesem Zusammenhang die Aussage Wendes, durch eine „Glättung“ des Stellenabbaupfades, werde der von CDU und FDP vorgesehene „personalpolitisch unverantwortliche“ Stellenabbau im Jahr 2016/17 vermieden.

Franzen: „Das Wort „Glättung“ bedeutet nachweislich, dass Wende in diesem und im nächsten Jahr insgesamt 200 Lehrerstellen mehr abbaut, als die von ihr verunglimpfte Vorgängerregierung“. (Vergleich beispielsweise Umdruck 18/620)